

Die Oberbadische

Donnerstag, 27. Februar 2025

Damit der Verkehr fließen kann

Das Basler Parlament spricht sich gegen die Wiedereinführung von systematischen Personenkontrollen aus. Das würde den Verkehr in der Region zum Erliegen bringen. Eine kantonale Volksinitiative soll der Forderung Nachdruck verleihen.



Die Grenzkontrollen zeigen Wirkung: Laut Bundespolizei gingen auch Schlepper ins Netz.
Foto: Michael Werndorff

Um unerlaubte Einreisen einzudämmen, hat die Bundesregierung zeitlich begrenzte Grenzkontrollen an allen deutschen Grenzen etabliert. Die Kontrollen haben am 16. September begonnen und laufen bis auf weiteres. An den übrigen Landesgrenzen, auch zur Schweiz, fanden die wiedereingeführten Binnengrenzkontrollen bereits zuvor statt. „Die Grenzkontrollen sind zum Schutz der inneren Sicherheit und zur Reduzierung irregulärer Sekundärmigration notwendig“, heißt es in einer Mitteilung der Bundespolizeidirektion.

Weniger illegale Einreisen

Die Bundespolizei hat zuletzt eine positive Zwischenbilanz für das Dreiländereck gezogen: Die Zahl illegaler Einreisen aus der Schweiz nach Deutschland ist im vergangenen Jahr deutlich gesunken. Zudem gingen 44 mutmaßliche Schleuser ins Netz.

Demnach versuchten 2023 rund 18500 Menschen unerlaubt über die Schweiz in die Bundesrepublik einzureisen, im vergangenen Jahr waren es nur noch 13000 Menschen. Im Rahmen der intensivierten Grenzkontrollen seit 16. September seien zudem 33 mutmaßliche Schleuser festgenommen worden. An der Grenze zu Frankreich waren es 14. An den Landesgrenzen zur Schweiz und zu Frankreich wurden 4760 unerlaubte Einreisen festgestellt (Schweizer Landgrenze: 3085 / Französische Landgrenze: 1675). Bei 4000 Personen seien unmittelbar an der Grenze oder im Zusammenhang mit dem illegalen Grenzübertritt Einreisen verhindert beziehungsweise ihr Aufenthalt in Deutschland beendet worden. Der zukünftige Bundeskanzler Friedrich Merz hatte im Wahlkampf angekündigt, in der Migrationspolitik eine Wende einzuläuten und dauerhafte Grenzkontrollen gefordert. Darauf reagierte nun die Basler Regierung. Diese spricht sich für die kantonale Volksinitiative „Zämme in Europa“ aus. Sie beantragt vom Großen Rat, das Volksbegehren den Stimmberechtigten mit der Empfehlung auf Annahme vorzulegen, wie die Kantonsexekutive jetzt mitteilte. Unter anderem argumentiert die Regierung mit der Lage Basels im Dreiländereck, mit seiner Rolle als Exportmotor, dem Bildungs- und Forschungsstandort und mit der Bedeutung der offenen Grenzen für den Kanton.

Rund 34000 Grenzgänger

Angesichts der mehr als 34000 Grenzgänger mit Arbeit in Basel-Stadt würde eine Wiedereinführung von systematischen Personenkontrollen den Verkehr in der Region zum Erliegen bringen, schreibt die Regierung. Die Initiative will in der Kantonsverfassung festschreiben, dass sich der Kanton nach dem gescheiterten Rahmenabkommen von 2021 für gute und stabile Beziehungen der Schweiz mit der EU und den Nachbarländern einsetzt. Die Basler Sektion der Europäischen Bewegung Schweiz reichte die Initiative im April 2024 ein.

Auf Landesebene stehen die Zeichen indes auf mehr Kontrollen: Der Bundesrat ist einverstanden mit der Forderung einer Ständeratskommission, die Landesgrenzen kurz- und mittelfristig intensiver zu kontrollieren.

Er macht aber geltend, dass Verpflichtungen der Schweiz laut Schengen-Kodex respektiert werden müssen. Die Forderung stammt von der Staatspolitischen Kommission des Ständerats (SPK-S). Die Mehrheit hält verstärkte Grenzkontrollen für nötig, um Menschen ohne Aufenthaltsrecht und ohne Absicht, ein Asylgesuch zu stellen, an der Einreise in die Schweiz zu hindern. Das trage zur Erhöhung der inneren Sicherheit bei.

SVP will systematische Grenzkontrollen

Der Bundesrat ist mit dem Auftrag einverstanden. Er geht in einer dieser Tage veröffentlichten Stellungnahme indes davon aus, dass von Maßnahmen die Rede ist, die mit den Verpflichtungen der Schweiz im Rahmen der Assoziierung an Schengen übereinstimmen. Ebenso müsse der intensivierte Grenzschutz mit dem Non-Refoulement-Prinzip übereinstimmen, hält der Bundesrat fest. Demnach dürfen Menschen nicht in ihre Heimat abgeschoben werden, wenn ihnen in dort Folter oder sogar die Todesstrafe droht.

Ein weitergehender Vorstoß des Tessiner SVP-Ständerats Marco Chiesa, der systematische Grenzkontrollen fordert, lehnte die SPK-S indessen ab, mit knapper

Mehrheit. Solche Kontrollen seien aus finanziellen und praktischen Gründen schwierig vorstellbar, schrieb die Mehrheit.

Die Schweiz habe mehr als 400 Grenzübergänge. Mit Blick auf die Einhaltung des Schengener Grenzkodex sei es ebenfalls schwer vorstellbar, wie der Vorstoß umgesetzt werden könnte, gab die Mehrheit der SPK-S zu bedenken. Auch der Bundesrat stellte sich gegen diesen Vorstoß.